

Rede des FDP-Ratsmitglieds

Thomas Börstler

zur Einbringung des Haushalts 2025

am 11.12.2024 im Stadtrat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Meyer, sehr geehrter Bürgermeister Knöppel, sehr geehrter Beigeordneter Leidig, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen,

Man kann mit Fug und Recht sagen, daß sich unser Land in der schwersten Krise seit Gründung der Bundesrepublik befindet, wobei die vollkommen desaströse Wirtschaftspolitik in Berlin den Negativeffekt eher noch verstärkt, denn verringert hat.

Wir als Stadt bekommen dies in Form von Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer bzw. beim kommunalen Anteil an der Einkommenssteuer zu spüren. Nicht zu vergessen, daß letztere die größte steuerliche Einnahmequelle der Stadt ist. Hinzu kommen die Sondereffekte durch die unkontrollierte Migrationspolitik, die unseren Haushalt vor Ort mit fast 3,5 Mio. € zusätzlich belasten, zuzüglich der Investitionen (die nicht im Ergebnishaushalt auftauchen) in Höhe von fast 3,2 Mio. €, die für die Bereitstellung der Unterkünfte getätigt werden müssen. Fairerweise muß man auch noch den Wegfall der 3,1 Mio. € an Unterstützungszahlungen gegenüber dem Vorjahr miteinrechnen, die jetzt nicht mehr gewährt werden.

Durch das strikte Mißachten des Konnexitätsprinzips werden weiter zahlreiche Aufgaben an die Kommunen delegiert, ohne dabei den tatsächlichen Aufwand auszugleichen, der durch Millionen Mehrkosten, sei es durch das Kita-Gesetz, sei es durch das Ganztagsförderungsgesetz, durch den Digitalpakt Schule oder auch durch die Wohngeldreform, um nur einige zu nennen, entstanden sind. Ferner wächst das Bürokratiemonster von Jahr zu Jahr, so daß gleichzeitig Personalstellen geschaffen werden müssen, um die daraus resultierenden Vorgaben zu erfüllen.

Das Ende vom Lied ist die Kreditaufnahme in Form von Liquiditätskrediten, die 2025 bei 10,6 Mio. € liegen und insgesamt auf einen Wert von 81,3 Mio. € ansteigen werden!

Fakt ist nun mal, daß sich eine negative Wirtschaftsleistung, ergänzt um die Fehlentscheidungen in vielen Politikfeldern, sofort auf den kommunalen Haushalt

durchschlagen. Gleichzeitig sind wir aber verpflichtet, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Doch wie soll das bitte gehen? Das strikte Nichtbeachten des Konnexitätsprinzips und ein ausgeglichener Haushalt, ohne massiv Steuern und Abgaben erhöhen zu müssen, sind ein Widerspruch in sich!

Das vorliegende Haushaltswerk weist 2025 einen Jahresfehlbetrag von fast 15,7 Mio. € aus, inklusive der Verlustausgleiche für die Stadtklinik in Höhe von rund 6,3 Mio. € und den 600.000 € für den Verlustausgleich des EWF.

Und leider kommt dieser Haushalt auch in diesem Jahr nicht ohne Steuererhöhungen aus, die Grundsteuer B betreffend.

Wir als FDP sprechen uns gegen die Verwaltungsvorlage aus, die vorsieht die Grundsteuer B in einem ersten Schritt auf 650% anzuheben, um die finale Anpassung 2025 dann auf die wahrscheinlich neuen, gestaffelten Hebesätze anzupassen. Wir bleiben bei unserer Auffassung, daß wir die Hebesätze erst dann anheben sollten, wenn es eine rechtliche Grundlage hierfür gibt. Dann sollten wir die Anpassung auf die differenzierteren Hebesätze B1-B3 durchführen und diese so ausgestalten, daß vor allem das Gewerbe nicht noch weiter belastet wird, als dies ohnehin schon bereits der Fall ist. Uns ist bewußt, daß dies einen negativen Einfluß auf das Jahresergebnis haben wird, das dann auf 17,6 Mio. € ansteigen würde.

Unserer Meinung nach macht dies, solange es keine gesetzliche Grundlage gibt, wenig Sinn, zumal dann zwei Anpassungen notwendig sein werden, die zu einem massiven Aufwand innerhalb der Verwaltung führen würden. Zeit seitens der Landesregierung gab es genug eine saubere, gesetzliche Grundlage zu schaffen. Und wir sollten den Einschüchterungsversuchen der ADD widerstehen, keine Haushaltsgenehmigung bei nicht vorhandener Aufkommensneutralität zu erteilen.

Bei den Personal -und Versorgungsaufwendungen ist aufgrund bevorstehender neuer Tarifabschlüsse mit Steigerungen zu rechnen. Veränderung im Stellenplan 2025 wurden mit rund 1,1 Mio. € eingerechnet.

Hier möchte ich jedoch die Bemühungen der Verwaltung ausdrücklich loben, der es gelungen ist, den Trend der letzten Jahre umzukehren.

Wurden in den Jahren 2018-2024 im Durchschnitt jährlich 44 Stellen neu geschaffen, sind es im jetzigen Stellenplan, die Pflichtaufgaben herausgerechnet, nur noch knapp 5 reine Verwaltungsstellen. Eine Leistung, die auch die ADD würdigen sollte, anstatt uns ihr Spardiktat aufzuzwingen und uns zu strangulieren.

Es muß doch möglich sein das Bemühen einer Stadt zu würdigen und anzuerkennen, daß wenn man, befolgte man das Konnexitätsprinzip zu 100%, höchstwahrscheinlich mit diesem Haushaltsentwurf einen Haushaltsüberschuß erwirtschaften würde.

Schaut man sich die Investitionen an, so ist es zum einen erfreulich, daß wir in die Substanz unserer Stadt und deren Funktionsfähigkeit investieren. Allerdings werden die 20,4 Mio. € wieder auf Pump finanziert, und dies wird sich nie ändern; einfach, weil es bei der Finanzierung von kommunalen Haushalten in Deutschland nicht möglich ist.

Und, so sehr wir die Kultur in Frankenthal auch unterstützen und wir sie für einen wichtigen Tragpfeiler des neuen Innenstadtkonzeptes halten, so muß doch kritisch hinterfragt werden, ob zum Beispiel das Konzept der Neugestaltung des Erkenbert-Museums sich wirklich trägt und inwiefern die Rentabilität dieser Investition nicht durch eine veränderte Konzeption gesteigert werden könnte? Allein die 500.000 €, die wir für die externe Betreuung des Vergabeverfahrens aufwenden, und die nicht förderfähig sind, sprechen für sich.

Hinweisen möchte ich in diesem Zusammenhang auch auf eine, unserer Meinung nach, sinnlose Investition, die neuen Parkautomaten betreffend. Wir leisten uns 240.000 € für neue Parkautomaten, davon allein 180.000 € in 2025, und das im Zeitalter der Digitalisierung. Ich denke es wird hier Zeit unseren Bürgern zu erklären, daß wir im Zeitalter der Digitalisierung leben. Wozu bedarf es eines Parkautomaten, wenn es eine einfach zu bedienende App gibt?

Ausdrücklich positiv hervorgeben möchte ich dabei das Bemühen der Verwaltung eine bereichs- und dezernatsübergreifenden Projektgruppe zur Erstellung eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes mit Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes in spätestens 10 Jahren zu schaffen.

Das, was wir über Jahre gefordert haben, wird jetzt endlich angegangen, und auch wenn es schwer und vielleicht unmöglich ist, aber nur gemeinsam wird man das große Ziel erreichen können!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Sie haben in Ihrer Haushaltsrede gesagt, daß es ein zentrales Element Ihrer Strategie sei, die interkommunale Zusammenarbeit weiter zu stärken.

Durch die interkommunale Zusammenarbeit können Personalressourcen effizienter genutzt und auch die Digitalisierung und Modernisierung der Verwaltungen vorangetrieben werden.

Wir nehmen Sie beim Wort. Warum nicht mal den großen Wurf wagen? Greifen wir das Beispiel der KfZ-Zulassungsstellen auf. Es ist die Frage zu stellen, ob wir nicht einfach zu viele Behörden haben. Brauchen Frankenthal, Ludwigshafen, und der Rhein-Pfalz-Kreis im Zeitalter der Digitalisierung jeweils eine eigene Zulassungsstelle? Ich denke nein! Natürlich wird es auch hier wieder zig Bedenken-träger geben, die kategorisch mit einem Nein, oder mit einem Ja, aber antworten dürften, aber die Zeiten haben sich geändert! Es muß alles auf den Prüfstand!

Weitere Beispiele ließen sich bestimmt finden, aber wir sehen in der interkommunalen Zusammenarbeit einen großen Hebel, um mittels struktureller Reformen, Kosten einzusparen. Denn eines dürfte jedem klar sein. Warten wir auf die Umsetzung des Konnexitätsprinzips, dann warten wir bis zum St. Nimmerleinstag! Deswegen müssen wir mit eigenen Initiativen punkten!

Betrachten wir die Verschuldung, so muß einem Angst und bange werden, vor allem wenn wir die Ergebnisse der Eigenbetriebe miteinbeziehen; hervorzuheben sei hier ganz besonders die Stadtklinik.

Der positive Effekt, den wir durch die Teilnahme am Programm „Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in RLP“ erzielen konnten, ist schon längst wieder verpufft!

Langfristig werden wir nur zu weiteren Haushaltsüberschüssen gelangen, wenn wir die oberste Maxime befolgen, und die heißt:

Stärkung, Stärkung und nochmals Stärkung der Einnahmeseite!

Ansonsten hinterlassen wir den nachfolgenden Generationen einen Schuldenberg von unvorstellbarer Größe. Das ist nicht die Nachhaltigkeit, wie wir sie verstehen!

Zusammenfassend möchte ich dennoch positiv die Leistungen der Stadt hervorheben, den Haushalt langfristig in den Griff zu bekommen, auch wenn vieles nicht durch die Kommune oder den Stadtrat beeinflussbar ist.

Kommen wir zum Thema Wirtschaft:

ich sprach eben von der Stärkung der Einnahmenseite. Was muß getan werden? Die Ansiedlung neuer Unternehmen durch attraktive Standortbedingungen vorantreiben. Nur so werden wir uns im interkommunalen Wettbewerb mit anderen Kommunen behaupten können. Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels ist dies wie ein Wettlauf gegen die Zeit, bei dem nur derjenige bestehen wird, der den Unternehmen die besten Bedingungen bietet.

Mit den Beschlüssen zur Erweiterung des Gewerbegebiets „Im Römig“ wurden weitere Grundlagen geschaffen, die dringend benötigten Gewerbesteuern zu generieren und zusätzliche Arbeitsplätze ab 2026 in Frankenthal zu schaffen.

Es muß aber dennoch ein Ziel der städtischen Wirtschaftsförderung sein, Firmen mit einer hohen technologischen Wertschöpfung nach Frankenthal zu holen. Solchen Branchen ist eindeutig der Vorzug gegenüber anderen Arten von Gewerbeansiedlung zu geben, die sich in Logistikbetrieben oder reinen Konsumtempeln manifestieren, und die diesen Betrieben die dringend benötigten Flächen streitig machen würden. Wie bereits erwähnt müssen wir die Ertragsseite unserer Stadt stärken, und was liegt hier näher, neben der Gewerbeeinnahmesteigerung, auch den Anteil an der Einkommenssteuer am Gesamtsteueraufkommen zu erhöhen? Dies geht nur, wenn wir Firmen in Frankenthal haben, die wiederrum hochqualifiziertes Personal anlocken, und für die wir hier eine lebenswerte Umgebung bieten können mit unseren Bildungs- und Freizeitangeboten, und die gleichzeitig attraktiven Wohnraum vorfinden. Die Möglichkeit in Frankenthal den Traum vom Eigenheim zu realisieren, sollten wir durch rasche Bebauungsplanerstellungen unterstützen.

Das Gewerbeflächenentwicklungskonzept ist mittlerweile schon wieder einige Jahre alt. Aber im Gegensatz zu den letzten Jahren ist hier zumindest ein Bemühen erkennbar, das Thema Gewerbeansiedlung aktiv anzugehen. Positiv hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang das Einstellen von 900.000 € für den strategischen Grunderwerb in den Investivhaushalt.

Eng mit dem Thema Gewerbeansiedlung ist auch das Thema Innenstadtentwicklung verknüpft. Wir begrüßen es deswegen außerordentlich, daß wir mit dem Projekt „Prozeß Frankenthal 2035“ und hier speziell mit dem Teilprojektteam „InnenstadtWerkstatt Frankenthal“ endlich die Strukturen schaffen, die es braucht, um alle Akteure an einen Tisch zu bekommen. Dieses Thema habe ich Jahr ein, Jahr aus in meinen Reden wiederholt – passiert ist nie etwas. Gut, daß sich das jetzt ändert!

Natürlich ist es wichtig die Bereiche Innenstadtmarketing, Imagebildung, Stadtmöblierung und Stadtbegrünung aktiv anzugehen, aber man muß den Einzelhandel und die Gastronomie als Teil des Systems Innenstadt mitnehmen. Ich darf dabei nur an das Thema Leerstände erinnern! Denn bei allem Respekt, aber was nutzt uns eine schöne Innenstadt die leer ist, in der kein Leben ist?

Ich darf hier ferner an unseren Antrag aus dem Jahr 2020 erinnern! Das Schaffen eines Co-Working-Space durch Anmietung eines innerstädtischen Leerstandes. Zusammen mit der ursprünglich mal geplanten Multifunktionsfläche sollte der

Co-Working-Space einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Innenstadt dauerhaft aufzuwerten.

Die FDP in Frankenthal wird hier aktiv bleiben und ein Treiber dieses Prozesses sein!

Weiter positiv hervorzuheben ist, daß die Stadt Frankenthal als Trägerin von 19 allgemeinbildenden Schulen den Digitalisierungsprozeß weiter vorantreiben wird und weiterhin Mittel für digitale Investitionen und Sach- und Dienstleistungen bereitstellen wird.

Ferner werden die Sanierungsarbeiten in sämtlichen Schulen fortgesetzt; alles dringend notwendige Maßnahmen, um bei unseren Schülern die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Lernen zu schaffen.

Zu bemängeln ist, daß die Möglichkeiten, die uns das Start-Chancen-Programm bieten, nicht erkennbar in den Haushalt 2025 eingeflossen sind. Wir als FDP sehen hier noch Optimierungsbedarf und werden im Januar 2025 eine konkrete Anfrage dazu im Stadtrat stellen.

Zum Thema Wohnen: Wir sprechen uns klipp und klar gegen die Sozialquote beim sozialen Wohnungsbau aus. Nicht nur temporär wie jetzt zu beschließen sein wird – nein, dauerhaft. Quoten, Mindestlöhne, Preisbremsen, etc. waren noch nie sinnvolle Ansätze, um gewünschte Ergebnisse in die richtigen Bahnen zu lenken. Das sind nicht Instrumente einer sozialen Marktwirtschaft und haben deswegen bei uns beim besten Willen nichts verloren.

Die 2019 beschlossene Sozialquote führte zum Stillstand im Geschoßwohnungsbau in Frankenthal. Kein einziges Mehrfamilienhaus mit mehr als 10 Wohnungen wurde seither gebaut. Viele schon vorbereitete Wohnungsbauvorhaben wurden von den Investoren wieder verworfen. Mit der Roadmap Wohnungsbau soll in versucht werden, dem lahmen Wohnungsbau in Frankenthal neuen Schwung zu verleihen. Allerdings ist mit den belastenden Bleigewichten einer hohen Sozialquote diese Initiative zum Scheitern verurteilt. Für private Bauträger ist geförderter Wohnungsbau unter den aktuellen Bedingungen und Fördermöglichkeiten wirtschaftlich nicht darstellbar.

Deshalb: Es ist besser ca. 700 Wohnungen ohne Sozialquote als 0 Wohnungen mit „Sozialquote auf dem Papier“ zu bauen. Dem Aussetzen der Sozialquote für die nächsten 24 Monate gemäß Antrag der Verwaltung stimmt die FDP zu. Lieber noch stimmte die FDP der Rücknahme dieses Beschlusses in Gänze zu und setzte sich für das dauerhafte Abschaffen der Sozialquote als Voraussetzung für die

Genehmigung von Wohnungen in Frankenthal ein; zumindest so lange bis sich die Rahmenbedingungen nachhaltig geändert haben.

Zeitgleich ist ein Neustart in der Wohnungs- und Städtebaupolitik zu fordern. Die FDP setzt sich für einen „10-Punkte-Plan Wohnen in Frankenthal“ ein. Das bedeutet:

1. Neue Wohnkonzepte sind anzudenken. Die Bauverordnung Gebäude E mit vereinfachten Bauvorschriften oder das Ausweisen von Flächen für kleine und Kleinst-Häuser könnten helfen, das Angebot von Wohnungen und die Eigentumsquote von Wohnraum zu erhöhen.
2. Günstige Mieten können derzeit nicht durch Neubau, sondern nur im Bestand realisiert werden. Dafür sind Bauvorschriften zu überarbeiten und ggfs. das Aufstocken von Gebäuden oder Dachausbauten, Zusammenlegungen etc. zu unterstützen.
3. Seniorengerechte, barrierefreie Bauvorhaben könnte helfen, den Bedürfnissen unserer zunehmend älteren Nachbarschaft gerecht zu werden. Freiwerdende oder schon unbewohnte größere Familienwohnungen oder Eigenheime könnten dadurch den Wohnmarkt beleben.
4. Nahezu in jeder Straße ist Leerstand zu beobachten (insgesamt ca. 600 Wohnungen ohne Vororte). Eine Konzeptinitiative mit Ansprache der Eigentümer, wie Leerstandsimmobilien dem Wohnungsmarkt wieder zugeführt werden könnten, ist zu starten.
5. Genossenschaftliches Bauen könnte auch in Frankenthal einen Beitrag zur Verbesserung der Wohnraumversorgung leisten.
6. Die steuerlichen Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau wurden in letzter Zeit so geändert, daß in den ersten Jahren hohe Abschreibungen möglich sind. Es wäre deshalb interessant zu überprüfen, ob sich sog. "Bauherrenmodelle" auch in Frankenthal wieder rechnen.
7. Das Leitmotiv „doppelte Innenentwicklung“, also versiegelte Flächen zuerst zu überplanen und innerstädtische Grünflächen zu erhalten oder weiterzuentwickeln, ist konsequent umzusetzen. Das Umweltbundesamt empfiehlt seit 2023 bereits die „dreifache Innenentwicklung“: Mit zu entwickeln ist danach auch die Mobilität im urbanen Raum. Konzepte für Radwege, ÖPNV für alle Frankenthaler, vielleicht mehr Einbahnstraßen und weitere sind auf den Weg zu bringen.

Ein Baulückenkataster für den Stadtbereich wurde mehrfach beschlossen aber nie umgesetzt. Dies sollte unverzüglich nachgeholt werden. Für einige Baulücken im Stadtbereich bestehen erkennbar Bauabsichten.

Diese sollten seitens der Verwaltung aktiv unterstützt werden. Legt man die 2018 in den Ortsteilen identifizierten Baulücken und Nachverdichtungen zugrunde, dürften auch im Stadtgebiet entsprechende Möglichkeiten für 300 – 400 Wohnungen bestehen.

Baulücken Vororte: Für die Vororte wurden vor 2018 Baulücken und mögliche Nachverdichtungen erfaßt. Danach bestehen in den Vororten die Voraussetzungen für den Bau von ca. 330 Wohnungen.

Ehemalige Gewerbeflächen, Parkplätze, Sportplätze usw., die einer Bebauung mit Wohnungen zugeführt werden können, sind in Frankenthal reichlich vorhanden. Für einige dieser Flächen wurden bereits Konzepte für eine Wohnbebauung erarbeitet.

8. Befunde der „Stadtklimaanalyse“ und Grünplanung sollten feste Bestandteile der Stadtplanung werden.
9. Das Prinzip „Masse statt Klasse“ im Wohnungsbau in Frankenthal ist zu kippen. Demografische Faktoren, wie Altersentwicklung der Bevölkerung und Bevölkerungsentwicklung insgesamt sind stattdessen zu berücksichtigen. Die FDP setzt sich für eine faktenbasierte Wohnraumplanung ein, denn die Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und in Frankenthal wird in den nächsten Jahren nur moderat steigen und sich dann voraussichtlich auf dem Niveau von 2020 einpendeln.
10. Greifen wir das Anforderungsprofil unserer Unternehmen in Frankenthal auf und entwickeln auch Wohnraum für Fach- und Führungskräfte. Standortvorteilspotentiale sind zu heben und den Unterschied bei liebenswertem Wohnen in der Metropol-Region zu machen. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß der Anteil an der Lohn- und Einkommenssteuer noch vor der Gewerbesteuer die Haupteinnahmequelle der Stadt Frankenthal ist.

Lassen Sie mich zum Schluß nochmals zu dem Themenkomplex der Eigenbetriebe kommen.

Die Verluste des EWF werden um weitere 27% auf knapp über 800.000 € steigen. Die Gründe sind vielschichtig und teilweise auch nachvollziehbar, dennoch kann es so nicht weitergehen. Wir begrüßen daher außerordentlich die geplante Neuausrichtung der Aufgabenstellung, mit entsprechender Anpassung der Ressourcen. Nur so kann der Verwaltungsaufwand reduziert werden. Dies ist mehr als dringend geboten und wurde in den letzten Jahren auch bereits mehrfach gefordert!

Auch die von Ihnen, Hr. Oberbürgermeister, vorgestellten Maßnahmen das CongressForum Frankenthal (CFF) fit für die Zukunft zu machen, klingen plausibel

und es scheint eine Strategie zu geben, den hohen Verlusten entgegenzutreten. Die Gewinnung neuer Kundengruppen wird essentiell für die wirtschaftliche Gesundung des CFF sein. Von daher gesehen wünschen wir dem neuen Geschäftsführer des CFF nur das Beste!

Dieses Gefühl habe ich leider nicht, was die Bäder & Parkbetriebsgesellschaft angeht. Es bleibt zu überlegen, ob nicht die gesamte Parkraumbewirtschaftung in eine Hand gelegt werden sollte, um Synergien zu nutzen. Investitionen in Parkscheinautomaten oder ähnliches machen im Digitalzeitalter keinen Sinn. Allgemein gesehen ist hier leider keine Strategie erkennbar, um wenigstens die Defizite auf ein Minimum zu reduzieren.

Die vorgestellten Pläne zur Neugestaltung des Freibads muten großartig und zukunftsweisend an. Es darf dennoch bezweifelt werden, ob die Vorstellungen der Planer erfüllt werden können. Zu groß sind die Unsicherheiten bzgl. der zu erwartenden Erlöse; weitere Untersuchungen werden dringend angemahnt, bevor man sich zu so einer großen Investition entschließen sollte.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zu der Stadtklinik sagen. Weiterhin haben wir in Deutschland das Problem der chronischen Unterfinanzierung der Krankenhäuser, von dem auch wir in Frankenthal betroffen sind.

2024 war auch für die Stadtklinik Frankenthal ein weiteres defizitäres Wirtschaftsjahr mit einem negativen Ergebnis von ca. 10,7 Mio. €. Schaut man sich die kumulierten Verluste der Klinik seit 2019 an, kommt man auf einen Betrag von mittlerweile über 40 Mio. €!

Dennoch bin ich zuversichtlich, daß die Klinik, nach dem Wechsel in der kaufmännischen Geschäftsführung, eine reale Chance hat, dem Trend entgegenzuwirken.

Durch die vertikale Diversifikationsstrategie zur Errichtung eines Medizin-Campus befindet man sich strategisch auf dem richtigen Weg. Den ersten Schritt auf dem Weg dorthin beschreiten wir heute durch die Verabschiedung der MVZ-Strategie.

Im operativen Bereich hat man mit dem Programm 1000+ zur Steigerung der Erlöse innerhalb der nächsten 12-18 Monate und dem Lean Cost-Programm, bei dem schon die ersten Erfolge sichtbar sind, die richtigen Instrumente entwickelt, um das im Jahr 2027 angepeilte Defizit von unter 1 Million € zu erreichen.

Langfristig müssen wir fundamental umdenken. Die Umsetzung der Krankenhausreform, die wirtschaftliche Sanierung der Stadtklinik wie auch die Bewältigung des Investitionsvolumen für die nächsten 10 Jahre lassen sich unserer

Meinung nach besser in der Rechtsform einer GmbH öffentlichen Rechts realisieren als in einem starren, von der Verwaltung und Politik abhängigen kommunalen Eigenbetrieb. Dies setzt eine Entschuldung der Klinik durch die Stadt voraus; ein harter Weg, und mit dem sicher auch mit dem Land zu sprechen ist, aber wir sind der Auffassung, daß sich dieser Weg langfristig auszahlen wird.

Wir wünschen dem Team der Stadtklinik jedenfalls gutes Gelingen!

Meine Damen und Herren,

Die Freien Demokraten erkennen die Bemühungen der Stadtverwaltung an, uns einen tragfähigen Haushalt zu präsentieren und stimmen deswegen dem Haushalt zu, werden allerdings die von der Verwaltung vorgeschlagene Hebesatzsatzung ablehnen.

Dem ist nichts hinzuzufügen

Bis auf den Dank

An Alle in der Stadtverwaltung,

die unserer schönen Stadt Frankenthal mit vollem Einsatz dienen.

Ihnen allen ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes, neues und erfolgreiches Jahr 2025!